



Ergänzende Bedingungen der Westnetz GmbH (Verteilnetzbetreiber) zu der **Niederspannungsanschlussverordnung** (NAV).

Gültig ab 01. März 2015 für das Netzgebiet der Westnetz GmbH

1 **Netzanschlusskosten**

Die Kosten für die Herstellung des Netzanschlusses werden vom Anschlussnehmer nach den im „Preisblatt Netzanschluss Strom-Niederspannung“ des Verteilnetzbetreibers für nach Art, Dimension und Länge vergleichbare Netzanschlüsse veröffentlichten und entsprechend § 4 Abs. 3 NAV bekannt gegebenen Pauschalansätzen erstattet.

Für nicht vergleichbare Fälle wird ein Netzanschluss zu individuell kalkulierten Kosten angeboten.

2 **Baukostenzuschüsse**

2.1 Der Versorgungsbereich gemäß § 11 Abs. 1 NAV wird nach versorgungswirtschaftlichen und netztechnischen Gesichtspunkten vom Verteilnetzbetreiber festgelegt.

2.2 Der Baukostenzuschuss (BKZ) wird auf der Grundlage der durchschnittlich für vergleichbare Fälle entstehenden Kosten pauschal berechnet. Für nicht vergleichbare Fälle wird ein individuell kalkulierter BKZ berechnet.

2.3 Der BKZ wird je nach Bedarfsart der über den Netzanschluss versorgten Letztverbraucher differenziert ermittelt:

2.3.1 Bei der Versorgung von Letztverbrauchern, die Energie überwiegend für den Eigenverbrauch im Haushalt verwenden, wird die typische Leistungsanforderung je Wohneinheit (WE) dieser Letztverbraucher im Netzgebiet des Verteilnetzbetreibers zu Grunde gelegt. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der Durchmischung am Netzanschluss in Anlehnung an die DIN 18015-1/-2.

Daraus wurde ein spezifischer BKZ in EUR je Wohneinheit ermittelt, der dem „Preisblatt Netzanschluss Strom-Niederspannung“ zu entnehmen ist. Darin ist die 30-kW-Freigrenze gemäß § 11 Abs. 3 NAV berücksichtigt. Der BKZ für den Netzanschluss ergibt sich aus der Anzahl der über diesen versorgten Wohneinheiten.

2.3.2 Bei der Versorgung von Letztverbrauchern, die Energie überwiegend für den Eigenverbrauch für Gewerbe/Landwirtschaft/Mischbedarf verwenden, ergibt sich die gesamte Leistungsanforderung am Netzanschluss aus der Summe der Leistungen der elektrischen Verbraucher unter Berücksichtigung der Durchmischung. Der Ausfall ggf. vorhandener Eigenerzeugungsanlagen wird zusätzlich berücksichtigt. Von der so ermittelten Leistungsanforderung wird die 30-kW-Freigrenze abgezogen.

Der spezifische BKZ in EUR/kW ist dem „Preisblatt Netzanschluss Strom-Niederspannung“ zu entnehmen.



Infos

finden Sie auch auf unserer Homepage unter www.westnetz.de/ansprechpartner

- 2.3.3 Werden über den Netzanschluss gleichzeitig Letztverbraucher im Sinne von 2.3.1 und 2.3.2 versorgt, wird für die Letztverbraucher nach 2.3.1 eine Leistungsanforderung je Wohneinheit entsprechend der nachfolgenden Tabelle zu Grunde gelegt.

Wohneinheiten	Leistungsanforderung
1	13,05 kW
2	zus. 8,55 kW
3	zus. 6,30 kW
4	zus. 3,61 kW
5	zus. 1,91 kW
6–10	zus. 1,39 kW je WE
11–20	zus. 0,84 kW je WE
jede weitere	zus. 0,40 kW je WE

Bei der Bemessung der Leistungsanforderung der Letztverbraucher nach 2.3.2 wird die Durchmischung der von diesen betriebenen elektrischen Verbraucher sowie der Ausfall ggf. vorhandener Eigenerzeugungsanlagen berücksichtigt.

Die für die Berechnung des BKZ zu Grunde zu legende gesamte Leistungsanforderung ergibt sich aus der Summe der beiden vorgenannten Leistungsanforderungen abzüglich der 30-kW-Freigrenze.

Der spezifische BKZ in EUR/kW ist dem Preisblatt „Netzanschluss Strom“ zu entnehmen.

- 2.4 Der Anschlussnehmer zahlt einen weiteren BKZ, wenn er seine Leistungsanforderung erheblich über das der ursprünglichen Berechnung zu Grunde liegende Maß hinaus erhöht. Erheblich ist insbesondere eine Erhöhung von mindestens 10 kW. Die Höhe des weiteren BKZ bemisst sich nach den Grundsätzen der Ziffern 2.1 bis 2.3.

3 Inbetriebsetzung

Die erstmalige Inbetriebsetzung ist unentgeltlich.

Scheitert eine Inbetriebsetzung aus Gründen, die der Anschlussnehmer bzw. Anschlussnutzer zu vertreten hat, zahlt der Anschlussnehmer bzw. der Anschlussnutzer je vorgesehener Messeinrichtung die im „Preisblatt für die Inbetriebsetzung, die Unterbrechung des Stromnetzanschlusses und den Zählerwechsel in Niederspannung“ ausgewiesene Pauschale.

Für jede weitere Inbetriebsetzung gilt die letztgenannte Kostenregelung entsprechend.

4 Demontage

Bei Beendigung des Netzanschlussvertrages (Anschlusskündigung) ist der Verteilnetzbetreiber berechtigt, die in seinem Eigentum stehenden Anlagenteile des Netzanschlusses zu demonstrieren. Die Kosten für die Demontage dieser Anlagenteile trägt der Verteilnetzbetreiber.

5 Verlegung von Versorgungseinrichtungen

Soweit der Anschlussnehmer bzw. der Anschlussnutzer Kosten für die Verlegung von Einrichtungen der Stromversorgung nach §§ 10 Abs. 3, 12 Abs. 3 und 22 Abs. 2 NAV zu tragen hat, sind diese nach dem tatsächlichen Aufwand zu erstatten.

6 Technische Anschlussbedingungen

Die technischen Anforderungen des Verteilnetzbetreibers an den Netzanschluss und andere Anlagenteile sowie an den Betrieb der elektrischen Anlage einschließlich Eigenanlagen sind in den unter www.westnetz.de veröffentlichten Technischen Anschlussbedingungen (Strom) des Verteilnetzbetreibers festgelegt.

7 Ablesung der Messeinrichtungen

Der Messstellenbetrieb sowie die Messung der gelieferten Energie sind Aufgabe des Verteilnetzbetreibers soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung nach § 21b Abs. 2 EnWG getroffen worden ist. Ist keine solche anderweitige Vereinbarung getroffen worden, gelten die nachfolgenden Regelungen.

Die Ablesung der Messeinrichtungen erfolgt in möglichst gleichen, vom Verteilnetzbetreiber zu bestimmenden Zeitabständen nach Aufforderung durch den Verteilnetzbetreiber durch den Anschlussnutzer selbst.

Der Verteilnetzbetreiber wird dem Anschlussnutzer zum Zwecke der Ablesung der Messeinrichtungen eine Ablesekarte übersenden. Der Anschlussnutzer hat den Zählerstand innerhalb von 4 Wochen dem Verteilnetzbetreiber mitzuteilen. Der Verteilnetzbetreiber behält sich das Recht zur eigenen Ablesung der Messeinrichtungen vor.

8 Zahlungsverzug; Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung

- 8.1 Rechnungsbeträge und Abschläge sind für den Verteilnetzbetreiber kostenfrei zu entrichten (§ 270 BGB).
- 8.2 Bei Zahlungsverzug (Mahnung und Nachinkassogang), Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung gemäß § 24 Abs. 1, 2, 4, 5 NAV sowie Wiederherstellung des Anschlusses und der Anschlussnutzung wird dem Anschlussnutzer jeweils die im „Preisblatt Netzanschluss Strom-Niederspannung“ entsprechend ausgewiesene Pauschale in Rechnung gestellt.
- 8.3 Der Anschlussnutzer hat dem Verteilnetzbetreiber anfallende Bankkosten für Rücklastschriften zu erstatten.
- 8.4 Der Verteilnetzbetreiber ist zur Unterbrechung der Anschlussnutzung berechtigt, sofern eine Entnahmestelle keinem Bilanzkreis zugeordnet werden kann. Hinsichtlich der Kosten gilt Ziffer 8.2 entsprechend.

9 Verjährung der Mängelansprüche

- 9.1 Ist der Kunde eine Person im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB (d.h., ein Unternehmer, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlichrechtliches Sondervermögen), so verjähren Mängelansprüche bei Herstellung und Lieferung von Sachen in einem Jahr.
- 9.2 Ist der Kunde keine Person im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB, so verjähren Mängelansprüche bei Herstellung und Lieferung neuer Sachen in zwei Jahren und bei Lieferung gebrauchter Sachen in einem Jahr.
- Abweichend von Abs. 1 und 2 verjähren Mängelansprüche bei Bauleistungen im Sinne der §§ 438 Abs. 1 Nr. 2, 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB in fünf Jahren, sofern es sich um neue Bauwerke oder Materialien handelt.
- Bei Haftung wegen Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie in Fällen, wenn und soweit wir eine Beschaffenheitsgarantie oder Zusicherung abgegeben haben oder einen Mangel arglistig verschwiegen haben, finden die gesetzlichen Verjährungsfristen Anwendung.

10 Haftungsbegrenzung/-ausschluss

Die folgenden Regelungen gelten nur für Schäden, die nicht aus der Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten in der Anschlussnutzung im Sinne des § 18 Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) resultieren:

- 10.1 Wir haften
- vorbehaltlich der Regelung der Ziffer 10.5
 - gleich aus welchem Rechtsgrund nur, wenn ein Schaden:
 - a) durch eine schuldhaft Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht in einer das Erreichen des Vertragszwecks gefährdenden Weise verursacht worden ist (vertragswesentliche Pflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägt und auf die der Kunde vertrauen darf), oder
 - b) auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz zurückzuführen ist.
- 10.2 Haften wir gemäß Abs. 10.1(a) für die Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, ohne dass grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz vorliegen, so ist die Haftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.
- 10.3 Die Haftungsbeschränkung gemäß Abs. 10.2 gilt gegenüber Personen im Sinne des § 310 Abs. 1 BGB in gleicher Weise für Schäden, die aufgrund von grober Fahrlässigkeit von unseren Angestellten, Arbeitnehmern und Mitarbeitern, welche nicht zu unseren gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten gehören, unseren Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen oder deren Angestellten, Arbeitnehmern und Mitarbeitern verursacht werden.
- 10.4 Soweit die Schadensersatzhaftung gemäß Abs. 10.1 und 10.2 uns gegenüber ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf die persönliche Schadensersatzhaftung unserer Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter und gesetzlichen Vertreter sowie Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen und deren Angestellten, Arbeitnehmern, Mitarbeitern und gesetzlichen Vertretern.
- 10.5 Die vorstehenden Haftungsausschlüsse und -begrenzungen gelten nicht für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit. Sie gelten ebenfalls nicht, soweit wir eine Beschaffenheitsgarantie oder Zusicherung abgegeben oder einen Mangel arglistig verschwiegen haben.

11 Produkthaftungs- und Haftpflichtgesetz

- 11.1 Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.
- 11.2 Die Ersatzpflicht für Sachschäden nach dem Haftpflichtgesetz wird ausgeschlossen, soweit es sich um juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder Kaufleute im Rahmen eines zum Betrieb ihres Handelsgewerbes gehörenden Vertrages handelt. Die Haftung nach dem Haftpflichtgesetz für Personenschäden bleibt unberührt.

12 Umsatzsteuer

Zu den in diesen Ergänzenden Bedingungen genannten Entgelten wird die Umsatzsteuer in der im Liefer-/Leistungszeitpunkt jeweils gesetzlich festgelegten Höhe zusätzlich berechnet. Zu den Entgelten zählen nicht die Kosten aus Zahlungsverzug gemäß Ziffer 8.2 sowie Unterbrechung des Anschlusses und der Anschlussnutzung gemäß Ziffer 8.2 und Ziffer 8.4. Diese unterliegen nicht der Umsatzsteuer.

13 Inkrafttreten

Diese Ergänzenden Bedingungen treten mit Wirkung ab 01.03.2015 in Kraft.